



Herrn  
 Oberbürgermeister Gerich *18/7*  
 über  
 Magistrat  
 und  
 Frau  
 Stadtverordnetenvorsteherin Christa Gabriel

Der Magistrat

Dezernat für Soziales, Bildung,  
 Wohnen und Integration

Stadtrat Christoph Manjura

an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit,  
 Integration, Kinder und Familie

*K* Juli 2018

**Straßenkinder und Obdachlose in Wiesbaden**  
 Antrag der Fraktion von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 11.04.2018  
 Beschluss-Nr. 0058 vom 18.04.2018, (SV-Nr. 18-F-29-0003)

*Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Integration, Kinder und Familie möge beschließen:*

*Der Magistrat wird gebeten zu berichten,*

**Straßenkinder:**

1. *ob es Erkenntnis darüber gibt, wie viele Kinder und Jugendliche in Wiesbaden zurzeit ungefähr auf der Straße leben;*
2. *ob es Erkenntnisse darüber gibt, aus welchem Einzugsgebiet die in Wiesbaden auf der Straße lebenden Kinder kommen;*
3. *was geraten wird, um die auf der Straße lebenden Kinder wieder in Obdach zu bringen;*
4. *welche Angebote es gibt um frühzeitig zu verhindern, dass Wiesbadener Minderjährige auf die Straße ziehen;*
5. *wie sich die Anzahl der Straßenkinder in den vergangenen Jahren entwickelt hat?*

**Obdachlose:**

1. *wie viele Obdachlose es derzeit in Wiesbaden gibt und welche Hilfsangebote existieren;*
2. *wie sich die Anzahl der Obdachlosen in den vergangenen Jahren entwickelt hat?*

Straßenkinder:

Zu 1.:

Darüber gibt es keine gesicherten Erkenntnisse. Diese Zahl wäre auch schwierig zu erheben, da diese Jugendlichen in der Regel eine Meldeadresse haben. Oft haben sie auch wechselnde Aufenthaltsverhältnisse, wohnen mal bei Vater oder Mutter, vorübergehend bei Freunden etc. und halten sich dann mit ihrer Clique phasenweise auch auf der Straße auf. Kinder, die auf der Straße leben, sind uns nicht bekannt. Sollten Kinder in diesem Zusammenhang aufgegriffen werden, würde ihre Situation unverzüglich geklärt und diese versorgt.

Zu 2.:

Nein, dazu gibt es keine Erkenntnisse (wir verweisen dazu auf Punkt 1.).

Zu 3.:

Im Folgenden beziehen wir uns auf Jugendliche:

Wenn wir über Eltern oder über die Jugendlichen direkt Kenntnis erhalten, dass diese unverorgt sind und sich auf der Straße aufhalten, versuchen wir in jedem Fall eine Mindestversorgung, d. h. Übernachtung, Essen und zumindest minimale ambulante Betreuung (auch aufsuchend) sicherzustellen. Diese Mindestversorgung gewährleisten wir bis zur Volljährigkeit. Ziel ist dabei immer, die Jugendlichen wieder zu integrieren und ihnen einen sicheren Ort zum Leben anzubieten. Voraussetzung ist, dass die Sorgeberechtigten einen Antrag auf Hilfe zur Erziehung stellen. Ersatzweise können wir Jugendliche auch auf deren Wunsch in Obhut nehmen und anschließend das Sorgerecht gerichtlich klären lassen. Wir sind aber in jedem Fall auf die Kooperation der Betroffenen angewiesen und können Jugendliche, deren aktuelles Lebenskonzept die Zusammenarbeit mit Institutionen nicht vorsieht, nicht in unsere Hilfsangebote zwingen. In Wiesbaden gibt es zwei niedrigschwellige Angebote, zum einen „Zora“ eine Beratungs- und Anlaufstelle für Mädchen, zum anderen „Upstairs“, ein Beratungsangebot für Jugendliche und junge Erwachsene. Beide Angebote beraten, vermitteln und unterstützen auch den Kontakt zur Bezirkssozialarbeit im Amt für Soziale Arbeit. So haben 10 Jugendliche im Jahr 2017 das Angebot von „Upstairs“ genutzt; die überwiegende Anzahl der Nutzerinnen/Nutzer war volljährig.

Zu 4:

Außer den bereits erwähnten Angeboten gibt es eine Vielzahl weiterer Möglichkeiten, sich als Jugendliche/Jugendlicher Hilfe und Unterstützung zu holen. In vielen weiterführenden Schulen gibt es mit der Schulsozialarbeit kompetente Ansprechpartnerinnen/Ansprechpartner. Alle Erziehungsberatungsstellen sind offen für Jugendliche. Es gibt das Kinder- und Jugendtelefon des Kinderschutzbundes etc. Es mangelt nicht an Angeboten, Voraussetzung ist aber der Wunsch, seine Situation zu verändern. Ziel der öffentlichen Jugendhilfe ist es immer, Jugendlichen Chancen zu eröffnen. Ein Mindestmaß an Kooperation und Verbindlichkeit ist aber notwendig. Wenn aufgrund von einer Suchtproblematik oder einer psychischen Erkrankung diese Fähigkeit eingeschränkt ist, braucht es eine lange Motivationsphase, um Jugendliche in die Lage zu versetzen, Hilfe anzunehmen.

Zu 5.:

Hierzu verweisen wir auf Punkt 1.

Nach unserem Eindruck hat sich die Anzahl der Jugendlichen, die zeitweise auf der Straße leben, nicht signifikant erhöht.

Obdachlose:

Zu 1.:

Eine statistische Erhebung über die Zahl der Obdachlosen wird nicht geführt. Die Zahl der Obdachlosen ist aufgrund verschiedener praktischer Schwierigkeiten auch kaum zu ermitteln. Es können lediglich durch die bei der Diakonie tätigen Streetworker Schätzungen vorgenommen werden. Laut Auskunft der Diakonie Wiesbaden lebten Ende Mai 2018 ca. 122 Personen ohne festen Wohnsitz auf der Straße.

In Wiesbaden existieren verschiedenste Hilfsangebote, um obdachlose Menschen zu beraten und zu unterstützen.

Zunächst sind hier die Angebote der Diakonie Wiesbaden zu nennen. Mit der Teestube, Streetworker, Beratungsstelle Rheinstraße und den verschiedensten Angeboten im betreuten Wohnen wird die Diakonie in Wiesbaden als freier Träger der Wohnungslosenhilfe in diesem Segment tätig, um obdachlosen Menschen zu helfen.

Die Stadt Wiesbaden stellt Hilfen im Rahmen der Angebote der Wohnungsnotfallhilfe und der Sozialhilfe sowie des Kommunalen Jobcenters zur Verfügung. Diese Hilfen umfassen Beratung, finanzielle Unterstützung um Wohnraum anzumieten, Hilfe bei der Wohnungssuche und Unterbringung in Notunterkünften, um nicht auf der Straße schlafen zu müssen.

Die Heilsarmee betreibt in Wiesbaden das Frauenwohnheim und das Männerwohnheim, um obdachlosen Menschen Obdach und Beratung zu bieten.

Die Diakonie, Heilsarmee und die Stadtverwaltung arbeiten eng zusammen, um ein möglichst engmaschiges Hilfenetz für obdachlose Menschen aufrecht zu erhalten. Das größte Problem besteht darin, dass die bestehenden Hilfsangebote von manchen Menschen nicht angenommen werden. Diese Menschen sind aus unterschiedlichen Gründen (noch) nicht bereit oder in der Lage, selbst niedrigschwellige Hilfeangebote für sich anzunehmen und leben (weiter) auf der Straße.

Zu 2.:

Eine statistisch belastbare Entwicklungstendenz kann nicht genannt werden (siehe Punkt 1).

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'A' followed by a long horizontal stroke.